

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 849

Mittwoch, 03. März 2026

33. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Drei Gruppen von Kandidat*innen für das CC, die dem Präsidenten wohl am ehesten zusagen.....</i>	<i>1</i>
<i>Kongress beendet Befragungen der Bewerber*innen für das Verfassungsgericht.....</i>	<i>3</i>
<i>Der Wechsel der Zeit und die Verteidigung der Demokratie im Maya-Neujahr 2026.....</i>	<i>5</i>

Drei Gruppen von Kandidat*innen für das CC, die dem Präsidenten wohl am ehesten zusagen

Guatemala, 24. Februar - Obwohl die Verfassung die Präsidentschaft ermächtigt, ordentliche und stellvertretende Richter*innen des Verfassungsgerichtshofs (CC) direkt zu ernennen, beschloss die Exekutive, eine öffentliche Ausschreibung für die Einreichung von Bewerbungsunterlagen zu veröffentlichen und damit ein Element der Transparenz und Kontrolle in einen Prozess einzuführen, der in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand von Debatten war. Die Neubesetzung des CC für den Zeitraum 2026-2031 findet vor dem Hintergrund institutioneller Spannungen statt: Während die Regierung mit dem Versprechen einer Stärkung der Demokratie angetreten ist, stösst sie auf den Widerstand von Akteur*innen im Kongress und im Justizsystem. Die Neubesetzungen dieses Gerichts sind wichtig für das staatliche Gleichgewicht. Vor diesem Hintergrund zeigt eine Umfrage von Oxfam Guatemala und CID/Gallup vom Januar 2025, dass 92,4 % der Bevölkerung die Aussage „Was Guatemala braucht, ist die Einhaltung der Gesetze“ unterstützen, was eine hohe Nachfrage der Bürger*innen nach Rechtsstaatlichkeit widerspiegelt.

1. Profile mit Menschenrechtserfahrung und Unterstützung

Unter den 76 Bewerbungsunterlagen, die beim Generalsekretariat der Präsidentschaft eingereicht wurden, stechen mehrere Namen aufgrund ihrer öffentlich sichtbar gewordenen Laufbahn und der Unterstützung hervor, die sie in verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Berufsverbände und der Menschenrechtsorganisationen erhalten haben. Abgesehen von der Formalität des Verfahrens spiegeln diese Bewerbungen Profile wider, die umfassendere Debatten über die Unabhängigkeit der Justiz usw. zusammenfassen.

Mario René Chávez

96 (!) Jahre alt, Anwalt, Journalist, Akademiker, ex-Abgeordneter für Frente Democrático Nueva Guatemala, (1996 – 2000) und Alianza Nueva Nación (2004 – 2008). Leiter der Zentralamerikanischen Journalist*innenschule und des Journalismus-Instituts an der Universität San Carlos.

Miguel Ángel Gálvez

Vermutlich einer bekanntesten Richter in Guatemala, Er verurteilte Militärs und Politiker*innen wegen massiven Menschenrechtsverletzungen im Fall „Diario Militar“ und ex-Präsident Otto Pérez Molina und die Ex-Vizepräsidentin Roxana Baldetti im Zusammenhang mit dem Zollobstrugkartell „La Línea“. Er war in den letzten Jahren wegen Morddrohungen im Exil. Er genießt Unterstützung in Bereichen, die mit Transitional Justice und Menschenrechten zu tun haben, und steht unter Polizeischutz. Seine mögliche Aufnahme in den Verfassungsgerichtshof würde als Rückkehr zu einer unabhängigen Justiz innerhalb des Verfassungsgerichtshofs interpretiert werden.

Pedro Rafael Maldonado Flores

Er arbeitet für das Zentrum für Rechtliche, Ökologische und Soziale Aktion CALAS und verteidigt indigene Gemeinden in ihrem Kampf für ihre Territorien. So hat er Verfassungsbeschwerden in den Fällen von La Puya, El Estor, Santa María Xalapán und der Xinka eingereicht. Aufgrund von Drohungen von Bergbauunternehmen (Tahoe Resources Inc.) steht er unter Schutz. Sein Schwerpunkt liegt auf der Anwendung der Verfassungsmässigkeit und internationaler Standards in Fällen mit hoher sozialer Tragweite.

María Eugenia Morales Aceña

Anwältin und Notarin seit 1976. Sie war Mitglied des Obersten Gerichtshofs und verteidigte Miguel Ángel Gálvez gegen die Anschuldigungen im Ermittlungsverfahren. Sie steht für den unabhängigen Rechtsstaat, weshalb auch sie einige Zeit im Exil war.

José Fernando Espina Bances

Sein Werdegang verbindet ein Fachstudium zu staatsrechtlichen Themen mit Erfahrungen in den Bereichen internationale Zusammenarbeit, Bürger*innenbeteiligung und institutionelle Entwicklung. Er unterhält Verbindungen zu sozialen Organisationen und politischen Bildungsstätten und hat sich öffentlich für den Abbau struktureller Ungleichheiten ausgesprochen. Diese Kombination aus Verwaltungskompetenz und sozialem Engagement macht ihn zu einem Akteur, der als Vermittler zwischen verschiedenen Sektoren fungieren kann.

Cristian González Chacón

Er beschäftigt sich seit mehr als 15 Jahren mit Menschenrechtsfragen und ist seit acht Jahren Anwalt in der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH). Als solcher bereitete er Entscheidungen des interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte vor. Aktuell arbeitet er für die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB). Er würde damit interamerikanische Bezüge und Rechtsstandards in das Verfassungsgericht einbringen.

2. Optionen, die sich in den Berechnungen der Exekutive abzeichnen

Unter den verschiedenen Optionen, die die Entscheidung des Präsidenten beeinflussen könnten, zeichnen sich mehrere Personen als realisierbar innerhalb des Ermessensspielraums ab, den die Verfassung der Exekutive einräumt. Obwohl verschiedene Quellen darauf hinweisen, dass die Namen, die in politischen Kreisen am häufigsten genannt werden, Gabriel Orellana Rojas und Carmela Curup Chajón sind, umfasst das Spektrum der Möglichkeiten auch andere Kandidat*innen mit fachlicher Kompetenz, institutioneller Erfahrung und Unterstützung aus den Sektoren, die Präsident Bernardo Arévalo bei der Ernennung des ordentlichen und stellvertretenden Richters für den Zeitraum 2026-2031 ebenfalls in Betracht ziehen könnte.

Gabriel Orellana Rojas

Der Jurist war einst Aussenminister unter Alfonso Portillo, aber machte sich auch als Akademiker und im Justizsektor einen Namen. Einige Quellen glauben, dass der Präsident ihn als Verfassungsrichter im Auge haben könnte. Im Gerichtshof würde sein Schwerpunkt auf institutioneller Stabilität, Gewaltenteilung und Rechtssicherheit liegen.

Carmela Curup Chajón

Die Anwältin wird als Kandidatin mit Chancen gehandelt. Sie ist die Direktorin des Anwaltskollektiv für die Indigenen Völker und Mitglied der Vereinigung der Maya-Anwält*innen Guatemalas. Dementsprechend liegt ihr Schwerpunkt auf der Verteidigung kollektiver Rechte und einer Rechtssprechung im multikulturellen Kontext. Als Verfassungsrichterin würde sie die Dimension des rechtlichen Pluralismus in das Gremium bringen und ihr Wissen um die Rechte der indigenen Völker. Dies könnte sie auch für den Präsidenten interessant machen.

Helida Marisol Ramos

Anwältin und Notarin mit einer Zusatzausbildung in Land- und Umweltrecht. Sie arbeitete in staatlichen Institutionen in den Bereichen Migration und Rechte indigener Völker, aber auch in der internationalen Zusammenarbeit und Organisationen von indigenen Anwält*innen. Seit 2024 ist sie in der „Offenen Regierung“ des Präsidialamtes ebenso aktiv wie im CANG, dem Kollegium der Anwält*innen und Notar*innen Guatemalas. Sie verbindet damit staatliche Strukturen, internationale Zusammenarbeit und den Einsatz für kollektive Rechte.

3. Persönlichkeiten mit geringem Bekanntheitsgrad, aber aktiven Netzwerken in der Exekutive

Auf der Liste der 76 Bewerbungen finden sich auch Persönlichkeiten, von denen zwar einige nicht im Mittelpunkt des Medieninteresses stehen, aber strategische Positionen innerhalb des Staatsapparats innehaben oder in früheren Regierungen wichtige Ämter bekleidet haben. Es handelt sich um Persönlichkeiten mit aktiven institutionellen Netzwerken und Nähe zu Machtstrukturen. Verschiedene Quellen weisen darauf hin, dass innerhalb des Teams um Präsident Bernardo Arévalo Namen wie Alejandro Balsells Conde oder Gladys Anabella Morfin Mansilla favorisiert werden, was sie in eine Position bringt, die bei der endgültigen Entscheidung der Exekutive möglicherweise eine Rolle spielen könnte.

Alejandro José Balsells Conde

Er ist einer der öffentlichsten Juristen des Landes, der sich stetig an die juristischen Debatten beteiligt. Er steht der aktuellen Exekutive durchaus nahe, aber seine Arbeit für die Baufirma CONASA könnte gegen ihn verwendet werden. Auf der anderen Seite könnte er als Vermittler dienen zwischen den traditionellen Sektoren und den Reformwilligen im Umfeld der Regierung.

Gladys Anabella Morfin Mansilla

Sie war Leiterin der Generalstaatsanwaltschaft der Nation (PGN) unter der Regierung von Jimmy Morales. Sie vertrat staatliche Stellen in nationalen und regionalen Instanzen. Ihr Profil steht im Zusammenhang mit der öffentlichen Ver-

waltung und der Verteidigung der Position des Staates in Rechtsstreitigkeiten, wobei sie enge Beziehungen zu politischen Machtkreisen unterhält.

Julio Fernando Melgar Peña

Er war Assessor der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) und arbeitete für den Kongress, etwa im Ausschuss für Konsument*innenschutz. Damit ist er mit dem Parteien- und Kongresssystem eng vertraut.

Mynor Alberto Melgar Valenzuela

Er war Generalsekretär der Staatsanwaltschaft (MP) unter der Leitung von Claudia Paz y Paz.

Irma Elizabeth Palencia Orellana

Sie war Richterin am Obersten Wahlgericht (TSE) und verteidigte das Ergebnis der Wahl von 2023, was sie ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung rückte und ihren Platz im TSE kostete. Kürzlich entschied ein Gericht, dass sie wieder in ihr Amt als Richterin am TSE zurückkehren darf.

Stuardo Ernesto Campo Aguilar

Er war Staatsanwalt mit Schwerpunkt Korruptionsbekämpfung. Das brachte ihn später in Konflikt mit der neuen MP-Leitung und ein Ermittlungsverfahren ein. Als Mitglied des Gerichtshofs würde er seine Erfahrung in strategischen Strafverfahren und sein Verständnis komplexer institutioneller Dynamiken einbringen.

Najman Alexander Aizenstatd Leiteschneider

Er hat sich auf internationales Recht spezialisiert. Er war stetig an rechtspolitischen Debatten beteiligt. Im Jahr 2016 wurde er zum Rechnungsprüfer des Containerterminals Quetzal ernannt, nachdem die Staatsanwaltschaft (MP) unter der damaligen Leitung von Thelma Aldana die Prüfung und die Einziehung des Eigentums von TCQ beantragt hatte.

Die Entscheidung als institutioneller Wendepunkt

Die Wahl des Verfassungsgerichts für den Zeitraum 2026-2031 stellt einen Wendepunkt für die demokratische Stabilität Guatemalas dar. In einem Land, in dem die Glaubwürdigkeit der traditionellen Institutionen untergraben ist und in dem antidemokratische Netzwerke eine Krisenrhetorik aufgebaut haben, um ihre Gegenoffensive zu rechtfertigen, wird die Entscheidung der Exekutive Auswirkungen haben, die über den Regierungswechsel hinausgehen und sich auf den historischen Kurs im Land auswirken.

Die Rolle der Exekutive in diesem Prozess ist die eines kritischen Vermittlers innerhalb des institutionellen Netzwerks, mit der Fähigkeit, zwischen einer weiteren Vereinnahmung durch den Pakt der Korrupten oder der Ermöglichung einer echten demokratischen Öffnung zu wählen. Die Leistung des neuen Gerichts wird weitgehend von seiner Fähigkeit abhängen, Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Ein unabhängiges Gericht könnte die institutionelle Antwort auf die narrative Krise sein, die das Land durchlebt, indem es zeigt, dass das Gesetz kein Instrument der selektiven Verfolgung ist, sondern ein Rahmen für demokratisches Zusammenleben. Die aus diesem Prozess hervorgehende Integration wird letztlich der Spiegel sein, in dem Guatemala seinen Willen zur Konsolidierung eines wirksamen Rechtsstaats oder seine Resignation angesichts der Fortdauer von Machtstrukturen, die historisch die Justiz und die nationale Entwicklung geprägt haben, widerspiegelt sieht. (Prensa Comunitaria, stark gekürzt)

Kongress beendet Befragungen der Bewerber*innen für das Verfassungsgericht

Guatemala, 26. Februar - Die Gemischte Kommission, bestehend aus dem Kongresspräsidium und den Fraktionsvorsitzenden, hat die Befragungsphase der 55 Bewerber*innen abgeschlossen, die sich um ein Amt als ordentliches oder stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichts (CC) bewerben. Die Befragungen sind Teil des Auswahlverfahrens, das im Kongress durchgeführt wird, einem der fünf Wahlgremien für die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des nächsten CC.

Die Phase der Anhörung der Bewerber*innen begann am vergangenen Mittwoch, als die ersten vierundzwanzig Fachleute auf der Liste interviewt wurden. Am letzten Tag hörten die Abgeordneten die restlichen einunddreissig Kandidat*innen an, die den Kongressabgeordneten ihren beruflichen und akademischen Werdegang sowie ihren Arbeitsplan für das Verfassungsgericht vorstellten, falls sie von der Legislative gewählt werden sollten. Gemäss der Vereinbarung der Gemischten Kommission des Kongresses hatten alle Bewerber*innen je fünf Minuten Zeit für eine Präsentation, um den Prozess zu beschleunigen.

Der erste Vizepräsident des Kongresses, Nery Ramos, erklärte, dass das Hauptziel dieses Verfahrens sei, die Bewerber*innen kennenzulernen und zu erfahren, welche Schwerpunkte und Pläne sie im Verfassungsgericht umsetzen wollen, wenn sie gewählt werden.

„Von dieser hohen staatlichen Stelle aus wollten wir alle Bewerber*innen anhören, da wir nicht nur nach den Bewerbungsunterlagen auswählen werden. Die Bewerbungsunterlagen enthalten wichtige Informationen, die zweifellos die

berufliche Laufbahn und den Werdegang der Bewerber belegen, aber es ist auch notwendig, zu hören, wie sie denken, welche Vorschläge sie haben und vor allem, welche innovativen Pläne sie für das Verfassungsgericht mitbringen“, erklärte Ramos. In der ersten Phase des Auswahlverfahrens seien alle Unterlagen geprüft und diejenigen, die nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprachen, von den in der Vorwoche an diesem Verfahren beteiligten Qualifikationsgremien aussortiert worden. Dabei wurden acht Unterlagen aus dem Verfahren ausgeschlossen.

Transparentes Verfahren

Der zweite Vizepräsident des Kongresses, Elmer Palencia, erklärte, dass die Befragung der 55 Kandidat*innen für ein Amt am Verfassungsgericht durch die Legislative unter Einhaltung der für die Wahl wichtigen Anforderungen an Transparenz und Öffentlichkeit durchgeführt wurde, damit sowohl die Abgeordneten als auch die Bevölkerung jeden der Bewerber*innen sowie deren Arbeitspläne kennenlernen konnten. „Es war ein transparenter öffentlicher Prozess seitens des Präsidiums des Kongresses, der den Bewerber*innen die Möglichkeit gab, sich zu präsentieren. Ausserdem wurde er live übertragen; ich glaube, dass dies Teil des Verfahrens ist, damit dieser demokratische Prozess angemessen und korrekt durchgeführt werden kann, bevor diese Liste dem Plenum des Kongresses vorgelegt wird“, betonte er.

Die Wahl findet am 3. März statt

Nach Abschluss der Interviewphase werden die verschiedenen Fraktionen versuchen einen Konsens darüber zu finden, welche Kandidat*innen bei der Abstimmung im Plenum der Legislative unterstützt werden, so der Abgeordnete Juan Carlos Rivera, erster Sekretär des Vorstands. Er sagte, dass es wahrscheinlich sei, dass die Wahl der Richter*innen des Verfassungsgerichts durch die Legislative am kommenden Dienstag, dem 3. März, stattfinden werde.

Auf die Frage, ob es bereits Gespräche oder Annäherungen zwischen den Fraktionen gegeben habe, um zu entscheiden, welche Kandidat*innen unterstützt werden sollen, antwortete Rivera, dass diese erst jetzt beginnen würden, da die Vorstellungsgespräche abgeschlossen seien.

Chancenreiche Kandidat*innen

Einige Parlamentarier*innen, die anonym bleiben wollten, erklärten, dass für die Ernennung der Richter*innen des CC durch den Kongress bereits einige Namen mit guten Chancen durchgesiekt seien.

Als starker Kandidat für das Amt des ordentlichen Richters wird Roberto Molina Barreto genannt, der eine vierte Amtszeit als ordentlicher Richter am Verfassungsgericht anstrebt, da er bereits für die Amtszeiten 2006-2011, 2011-2016 und 2021-2026 gewählt wurde. Zudem amtierte Molina kurzzeitig, als Neftalí Aldana im Oktober 2020 ausschied.

Ein weiterer Favorit für das Amt des ordentlichen Richters ist Rony Eulalio López, der derzeit als stellvertretender Richter am Verfassungsgericht tätig ist und 2021 vom Hochschulrat der Universität San Carlos (CSU) aufgestellt wurde.

Wie aus informierten Kreisen in der Legislative verlautet, wird Ana Isabel Antillón als Favoritin für das Amt der stellvertretenden Richterin genannt. Sie war Legislativdirektorin des Kongresses von 2006 bis 2016.

Der Kongress, die Exekutive, der Oberste Gerichtshof, die Anwalts- und Notarkammer von Guatemala (CANG) und der CSU sind die fünf gesetzlich bestimmten Organe, die für die Wahl der Richter*innen des Verfassungsgerichts für den Zeitraum 2026-2031 zuständig sind. Zwei der fünf Wahlgremien haben ihre Wahl bereits getroffen. Die CANG wählte Astrid Lemus zur ordentlichen Richterin und Luis Bermejo zum stellvertretenden Richter, während der CSU Julia Mari-sol Rivera zur ordentlichen Richterin und José Luis Aguirre zum stellvertretenden Richter wählte. Die Ernennung durch den Obersten Gerichtshof ist ebenfalls für Dienstag, den 3. Februar, vorgesehen. Wenn beide Ernennungen erfolgen, steht nur noch die Ernennung durch den Präsidenten als Exekutive aus.

Nicht zum Vorstellungsgespräch erschienen

Eine der 55 Bewerber*innen, die im Rahmen des Bewertungs- und Überprüfungsprozesses der Unterlagen durch den Gemischten Ausschuss des Kongresses ausgewählt wurden, erschien nicht zum Vorstellungsgespräch im Kongress: Die Anwältin María de los Ángeles Araujo Bohr. Wie berichtet wurde, gab Araujo keine Entschuldigung an. Die Juristin reichte ihre Unterlagen auch als Kandidatin für den Verfassungsgerichtshof seitens der Justizbehörde ein.

Die Wahl der Richter*innen des Obersten Wahlgerichts (TSE) soll am 3. März stattfinden

Die Wahl der Richter*innen des Obersten Wahlgerichts (TSE) könnte ebenfalls auf die Tagesordnung der Sitzung am kommenden Dienstag, dem 3. März, gesetzt werden, obwohl die Entscheidung des Verfassungsgerichts über die Anfechtung der dem Kongress vorgelegten Liste noch aussteht, wie der erste Sekretär des Kongressvorstands, Juan Carlos Rivera, mitteilte. (Prensa Libre)

Der Wechsel der Zeit und die Verteidigung der Demokratie im Maya-Neujahr 2026

Der Sonnenzyklus und die politische Pause der Oo q'ii

Die Gültigkeit des Kalendersystems der Maya, das auf den als Yaab' oder Ab' bekannten Sonnenzyklen basiert, ist ein Akt kultureller Souveränität gegenüber der Vorherrschaft des gregorianischen Kalenders.

Der Übergang zwischen den Zyklen wird von den Oo q'ii (oder O' Q'II) geregelt, den fünf heiligen Tagen, die als letzter Monat des Jahres fungieren. Es handelt sich dabei nicht um eine chronologische „Lücke“, sondern um eine Zeit der strategischen Besonnenheit und ethischen Reinigung, die für die Neuordnung des Gemeinschaftslebens notwendig ist.

Während dieser Schwelle gelten die Naturgesetze des Txaa, ein Verhaltenskodex, der Rohstoffgewinnung, das Säen oder Fällen von Bäumen verbietet und Mutter Erde absolute Ruhe gewährt. Im Hinblick auf die kollektive Fürsorge kommt die Technologie des Petzu'm zur Anwendung: eine körperliche Neuordnung durch leichte Berührungen mit Quitten- oder Pfirsichzweigen an den 13 Hauptgelenken des Körpers.

Aus Sicht der Ixil ist diese Praxis kein einfaches Ritual, sondern eine Technologie der gemeinschaftlichen Gesundheit, die dafür sorgt, dass das „alte Jahr“ und seine Lasten den Körper verlassen, sodass die Autorität den neuen Zyklus mit geistiger und körperlicher Klarheit beginnen kann. Diese Zeit der heiligen Pause ist das Fundament, auf dem die Spezialist*innen der Erinnerung die Nachfolge der indigenen Institutionen vorbereiten.

Das Zeitmanagement im Hochland ist keine mystische Aufgabe, sondern eine technische und wissenschaftliche Funktion, die von Spezialist*innen mit klar abgegrenzten Rollen ausgeübt wird. Es ist notwendig, das westliche Etikett „Priester“ abzulegen, um die Aaq'ii oder Q'inal (Zähler*innen der Tage und spirituelle Führer*innen) und die K'achalpom (Zuständige für Zeremonien) als Wissensverwalter*innen anzuerkennen.

Zusammen mit ihnen fungieren die Aaj Kun (oder B'anon txilamil) als Vermittler*innen, um soziale und spirituelle Schäden zu beheben. Das soziale Gefüge der Ixil wird durch ein ausgeklügeltes Netzwerk von Therapeut*innen ergänzt, die die Gesundheit des Territoriums gewährleisten: die Ixojkuyintxa (Hebammen), die Xulinal (Bläser*innen), die Oks-anba'aj (Knochenheiler*innen), die K'iunal (Massagetherapeut*innen) und die Expert*innen für Oksanteetxho, eine alte Akupunkturtechnik, bei der Schlangenzähne verwendet werden.

Diese Akteur*innen stützen zusammen mit den B'aal Vatz Tiixh ein Regierungssystem, das Jahrhunderte des Kolonialismus und die Gewalt des internen bewaffneten Konflikts überstanden hat und dafür sorgt, dass der Abschluss des chronologischen Zyklus auch ein politischer Zusammenschluss ist.

Der Übergangsprozess zum neuen Zyklus begann offiziell am 13. Februar 2026.

Während der fünf Tage der Oo q'ii war das heilige Feuer auf den Gemeinschaftsaltären nicht nur ein Ort des Gebets, sondern auch ein Zentrum für Diskussionen der Gemeinschaft. Am 17. Februar, dem letzten Tag des alten Jahres, verwandelten die indigenen Autoritäten die Abschiedszeremonien in Foren zur tiefgreifenden Analyse der nationalen Realität.

Die Verwendung von Kerzen und Wachskerzen in diesen Räumen dient als rituelle Vermittlung, um die Forderungen der Völker zu unterstreichen. In diesen Foren wird der Altar zu einer Plattform der sozialen Kontrolle, wo das Ende des Jahres 13 IQ', eine Energie, die oft mit der Kraft des Windes in Verbindung gebracht wird, dazu diente, die politischen Winde zu bewerten, die das Land erschüttern. Diese kollektive Katharsis ist der notwendige Auftakt, um sich den institutionellen Herausforderungen zu stellen, die das Jahr 2026 prägen werden.

Das Maya-Neujahr und die Verteidigung von Gerechtigkeit und Demokratie im Jahr 2026

Im Jahr 2026 steht die guatemaltekeische Demokratie bei den sogenannten Wahlen der zweiten Instanz auf dem Spiel. Die Ernennung von Richter*innen für den Obersten Gerichtshof (CSJ), das Verfassungsgericht (CC) und das Oberste Wahlgericht (TSE) stellt eine direkte Bedrohung für die indigenen Völker dar; die Vereinnahmung dieser Gerichte führt in der Regel zur Kriminalisierung der traditionellen Autoritäten und zur Enteignung von Land.

Während der Feierlichkeiten zum Maya-Neujahr wurde eine strategische Allianz mit Akteur*innen der städtischen Zivilgesellschaft geschlossen, vertreten durch Edie Cux und Manfredo Marroquín von Acción Ciudadana. In diesen territorialen Foren wurde das Risiko der Undurchsichtigkeit bei hochrangigen öffentlichen Ernennungen analysiert.

Für die ixilischen Behörden ist die Verteidigung der unabhängigen Justiz keine akademische Debatte, sondern eine Möglichkeit, ihre Autonomie zu schützen. Transparenz bei der Wahl von Funktionsträger*innen wird als einzige Garantie angesehen, um zu verhindern, dass der Staat weiterhin als Instrument zur Verfolgung derjenigen eingesetzt wird, die sich für Wasser und Land einsetzen.

Feliciano Herrera, indigene Autorität des Maya-Volkes der Ixil, erklärt, dass dieses Dienstsysteem das Gegenteil der Macht durch Profit ist, die in der traditionellen Politik vorherrsche. „Die Aktivitäten werden gemeinsam mit den Zeitwörter*innen koordiniert“, sagt Herrera und betont, dass die Kontrolle durch die Bürger*innen eine ethische Grundlage

in der astronomischen Ordnung habe. In der Struktur der Ixil dauert der Dienst vier Jahre. Der Übergang ist ein Modell institutioneller Erinnerung: Am Ende ihrer Amtszeit geben die Autoritäten ihre Ämter nicht auf, sondern werden zu Oberhäuptern und treten einem Rat der Weisen bei, der die Kontinuität des Wissens gewährleistet.

Der Stab, den sie tragen, ist das Symbol einer kollektiven Verantwortung und nicht eines individuellen Privilegs. In diesem Zusammenhang ist der Machtwechsel ein Akt der Erneuerung der Dienstleistungsenergie, um den Angriffen des gekaperten Staates entgegenzutreten.

Eine Diplomatie der Nationen: Von den 48 Kantonen zum Volk der Ch'orti

Die Feier von Uma'l Chee im Jahr 2026 war kein lokales Ereignis, sondern ein diplomatisches Gipfeltreffen indigener Nationen. Der Vorstand der 48 Kantone von Totonicapán und der Rat der Behörden des Maya-Volkes Ch'orti' (aus Olopa, San Juan Ermita und Quezaltepeque) trafen sich auf dem Gebiet von Ixil. Dieses Zusammentreffen zeigt die Existenz einer „lebendigen heiligen Geographie“, die die vom Staat auferlegten Verwaltungsgrenzen ignoriert.

Dieses Netzwerk erstreckt sich über historische und operative Knotenpunkte wie Bijolom (Nebaj), Iximche' (Tecpán), Q'umarkaj (Quiché) und Tikal (Petén). Für die Menschen handelt es sich nicht um archäologische Denkmäler einer untergegangenen Zivilisation, sondern um aktuelle politische Zentren, von denen aus der Widerstand auf nationaler Ebene koordiniert wird. Die Anwesenheit des Ch'orti'-Volkes und der K'iche' von Totonicapán im Ixil-Gebiet bekräftigt, dass die Verteidigung der Demokratie eine internationale Anstrengung der indigenen Völker ist.

Einer der wichtigsten Tage des Treffens ereignete sich am Mittwoch, dem 18. Februar, mit der Auftauchen von Jun Kej (1. Hirsch), dem neuen Träger der Lasten des neuen Jahres. In der Maya-Kosmogonie ist Kej der Hüter der Berge und der „vier Ecken des Universums“ und repräsentiert das Gleichgewicht, die Stärke und die Unterstützung, die notwendig sind, um die Welt am Laufen zu halten.

Seine Farben Rot, Weiß, Schwarz und Gelb symbolisieren die Vierteilung und die Himmelsrichtungen, die die natürliche Ordnung bestimmen. Der zentrale Akt bei der Zeremonie war die Übergabe des Staffelstabs an die neuen Mitglieder der indigenen Autoritäten. Dieser Staffelstab macht den Einzug einer Autorität sichtbar, die wie der Hirsch die Kraft haben muss, die Last der Menschen zu tragen, und die ein Gleichgewicht haben muss, um die soziale Harmonie nicht zu stören. Die Änderung des chronologischen Zyklus führt somit zu einer Erneuerung des politischen Engagements und der Wachsamkeit gegenüber der Gemeinschaft.

Am Ende der Feierlichkeiten ist die Botschaft der Behörden eindringlich: Das Maya-Neujahr ist eine wissenschaftliche, soziale und spirituelle Versammlung, die indigene Institutionen unterstützt, obwohl der Staat versucht, diese zu ignorieren. Das Jahr Jun Kej (1 Hirsch) wird mit einer Haltung der Wachsamkeit und der Erneuerung des gemeinschaftlichen Engagements begrüßt. Während das zentrale politische System Streitigkeiten und institutionellen Spannungen ausgesetzt ist, bekräftigen indigene Völker, dass ihr Regierungssystem auf Kontinuität des Dienstes, kollektivem Gedächtnis und gemeinsamer Verantwortung basiert.

Zeit ist für das Maya-Ixil-Volk und seine Verbündeten keine Linie, die sich auf eine einzige Idee des Fortschritts zubewegt, sondern vielmehr ein Territorium, das von den Autoritäten mit erhobenem Stab und angezündetem zeremoniellen Feuer gepflegt und erhalten wird. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Dr. Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6